

Herr Dehnert macht einige Anmerkungen.

So verweist er auf eine Bemerkung im Nachtragshaushalt, wonach eine zusätzliche Investitionsumlage Krankenhaus in Höhe von 137.000 Euro an das Land zu zahlen sei. Eine Nachfrage beim Land habe ihm bestätigt, dass die Krankenhausumlage von 20 auf 40 Prozentpunkte verdoppelt wurde. Auf diese Art und Weise könne jeder Politik machen, unabhängig von der Regierungskonstellation. Es sei einfach, den Gemeinden einfach solche Summen aufzubürden. So bekäme man kleine Krankenhäuser wie Eitorf kaputt.

Des weiteren spricht er die 400.000 Euro-Beteiligung am Krankenhaus an. Hier solle man einer Ausgabe zustimmen, von der im Detail nicht bekannt sei, wofür sie verwendet werde. Fragen hierzu würden nicht beantwortet. Von den Ratsmitgliedern sei bei solchen Entscheidungen verantwortungsvolles Handeln gefordert.

In der Haushaltsrede habe er von Finanzgebaren gesprochen. Hiervon möchte er abrücken, da dieser Begriff in der Tat einen negativen Touch habe. Es zeichne sich aber auch ab, dass Rat und Verwaltung mit der gesamten Thematik überfordert seien. Letztendlich gehe es doch darum, den Erhalt des Krankenhauses zu sichern und die Position der Gemeinde in der GmbH zu stärken. Es werde eine klare, fachliche Beratung benötigt. Und genau so sei auch der Antrag der Grünen aus der Haushaltsrede zu verstehen gewesen. Wie dies im Detail auszusehen habe, müsse man noch erörtern.

Herr Tendler geht auf die letzte HA-Sitzung ein. Hier sei in sehr sachlicher und detaillierter Form informiert worden. Er warnt davor, das Thema in jeder Ratssitzung in epischer Breite zu erörtern. Es gelte der Grundsatz, das Krankenhaus zunächst einmal in Ruhe arbeiten zu lassen. Dies sei auch in der letzten HA-Sitzung deutlich geworden. Insbesondere verweist er auf das Angebot der Marienhaus GmbH, sich jederzeit mit Fragen dorthin wenden zu können. Dass man sich externen Rat holen solle, stehe außer Frage. Dies bedeute aber nicht, wie von Herrn Dehnert getan, allen Beteiligten Inkompetenz vorzuwerfen. Schließlich handele es sich um ein schwieriges Thema.

Herr Diwo begrüßt, dass Herr Dehnert von der Terminologie des „Finanzgebarens“ abgerückt ist. Für die CDU-Fraktion gebe es keinen Grund, an der Krankenhaus GmbH zu zweifeln. Die Notwendigkeit, ein Finanzgebaren zu untersuchen, sieht die CDU-Fraktion ebenfalls nicht. Vielmehr solle man das Augenmerk auf die Zukunft richten. Insofern sei es richtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie sich die Gemeinde Eitorf künftig als Gesellschafter positionieren wolle. Hierbei müsse man auch berücksichtigen, wie die Krankenhauslandschaft überhaupt in einigen Jahren aussehe. Insofern unterstütze er die Aussage des Bürgermeisters.

Herr Liene warnt ebenfalls davor, das Krankenhaus zum politischen Zankapfel werden zu lassen und populistisch auszuschlachten. Auf konkrete Nachfrage von Herrn Diwo stellt Herr Liene klar, dass Untersuchungen nicht rückwärtsgerichtet, sondern zukunftsgerichtet sein sollen. In diese Richtung sollte ein externer Berater einbezogen werden, der das gesamte Konstrukt und die Position der Gemeinde überprüfe.

Herr Dehnert geht noch einmal auf Planungssicherheit ein. Die Gemeinde Eitorf müsse einfach wissen, woran sie sei. Wisse man immer, dass jährlich die „Summe X“ für das Krankenhaus bereitzustellen sei, könne ja man damit leben. Anders würde bei Einrichtungen wie dem Hermann-Weber-Bad ja auch nicht verfahren. Allerdings müsse ein für alle mal Klarheit da sein. Wichtig sei nun, sich zusammzusetzen um zu überlegen, was zu untersuchen ist bzw. in welchen Bereichen externe Beratung erforderlich sei. Es gehe auch darum die Position der Gemeinde Eitorf in der GmbH möglichst stark zu gestalten.

Herr Langer bezieht sich auf aktuelle Presseberichterstattung zur Situation der Krankenhäuser in NRW und verweist darauf, dass die Finanzierung in Rheinland-Pfalz besser aussehe als in NRW. Auch hierauf müsse bei einer Untersuchung deutlich hingewiesen werden. Der Hauptgesellschafter habe schließlich mit Waldbreitbach seinen Sitz in Rheinland-Pfalz. Die Argumente für Eitorf müssen aus dem Nordrhein-Westfalen-Blickwinkel dargelegt werden.

Herr Schmidt wendet sich an die CDU-Fraktion. Nach all den Jahren des – so wörtlich – Schlampens und des Schweigens – schaue man nun endlich mal nach vorne. Die Argumentation von Herrn Tandler sei nicht mehr zu ertragen. In großen Teilen sei die BfE der Meinung der Grünen und bemüht, etwas auf die Beine zu stellen und etwas für das Krankenhaus zu erreichen. Er habe zweieinhalb Jahre etwas glauben müssen, was nicht wahr sei.

Der Bürgermeister fasst zusammen. Er habe bei allen Fraktionen den Wunsch herausgehört, für die Zukunft externen Sachverstand zu holen um zu beleuchten, wie sich die Gemeinde als Gesellschafter mit 40%em Anteil positioniert, um das Krankenhaus optimal weiterzubringen. Er interpretiere den Beratungsverlauf als Prüfauftrag an die Verwaltung, entsprechende Fragestellungen zu formulieren, sich ggf. in der Beraterlandschaft umzusehen und Beratungen und Entscheidungen hier bzw. im Hauptausschuss herbeizuführen.

Unter Bezugnahme auf die Wortmeldung von Herrn Langer verweist Herr Böcking auf den Länderfinanzausgleich. Rheinland-Pfalz profitiere in diesem Fall auch von Nordrhein-Westfalen. Des weiteren geht er auf den Bericht der Geschäftsführung im HA und den Appell von Prof. Schenkel-Häger ein. Dieser habe eindringlich darum gebeten, das Haus in Ruhe arbeiten zu lassen und aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Es müsse endlich Ruhe einkehren, da auch die Bevölkerung verunsichert werde. Die Vorwürfe von Herrn Schmidt weist Herr Böcking zurück.

Herr Dehnert bittet die vom Bürgermeister vorgetragene Zusammenfassung um eine Kostenermittlung zu ergänzen.

Herr Langer ist der Meinung, dass ein gewisser Termindruck sinnvoll ist, und schlägt vor, die Vorbereitungen bis zum nächsten Hauptausschuss im August abzuschließen.

Der Bürgermeister erklärt, dass man dies versuchen könne, sichert dies aber nicht zu.

Herr Diwo bezieht sich auf den Wortbeitrag von Herrn Schmidt und weist die Vorwürfe, seine Fraktion hätte die Krankenhausangelegenheit schleifen lassen und geschlampt, zurück. Die Entscheidungsträger hätten sehr wohl verantwortungsvoll gehandelt und dem Krankenhaus finanziell geholfen.

Gegen Ende der Aussprache fasst der Bürgermeister noch einmal das Beratungsergebnis zusammen und formuliert den Tenor des zu fassenden Beschlusses.

Außerdem fragt der Bürgermeister Herrn Dehnert, ob der Ursprungsantrag aus der Haushaltsrede mit der heutigen Beschlussfassung erledigt sei. Herr Dehnert bestätigt dies.